

WMDE Policy Update Q1

(Januar - Februar - März)

Allgemeines

Quartalsberichte

Die Quartalsberichte über die Arbeit des Teams Politik und Recht sind nun auch auf der [Webseite zur politischen Arbeit von Wikimedia Deutschland](#) unter dem Punkt [Transparenz](#) zu finden.

Netzwerkausbau

Wir machen gute Fortschritte mit der Identifizierung und Kontaktaufnahme mit relevanten Entscheidungstragenden. So konnten wir im Rahmen der Sondierungs- und Koalitionsgespräche auf Bundesebene u.a. die Forderungen zu §§ 5 und 72 UrhG bei allen relevanten Akteuren zu Gehör bringen.

Wir haben des Weiteren einige neue Kontakte knüpfen können, so beispielsweise zum Verband der deutschen Familienunternehmen. Wir arbeiten daran, auch mit diesen Kontakten neue Allianzen hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freies Wissen aufzubauen.

Wir [begrüßen die Entscheidung zur Berufung Dorothee Bärs als Staatsministerin für Digitalisierung](#). Eine verstärkte Koordinierung unterhalb eines eigenen Ministeriums hat gute Chancen, beim Querschnittsthema Digitalisierung die richtige Balance zu erreichen. Entscheidend wäre hierbei jedoch eine klare Zuordnung von Zuständigkeiten, um nachvollziehbare und effiziente Entscheidungswege zu gewährleisten.

Stakeholder Mappings

Eine Mapping von wichtigen Akteuren und Akteurinnen im Bereich Open Education wurde erstellt und dient zur Orientierung der Strategieentwicklung bei der Einbringung von Empfehlungen und Anliegen.

Auch unser Email-Verteiler wurde um weitere Kontakte ergänzt und mit der neuen Regierung und den Mitgliedern der Ausschüsse des Deutschen Bundestags der 19. Legislaturperiode abgeglichen.

Für eine bessere Übersichtlichkeit über die Positionierung der Politiker und Politikerinnen zu für uns relevanten Themen sowie über deren Mitgliedschaften in für uns wichtigen Ausschüssen (Digitale Agenda, Recht, Innen, Kultur und Medien und Bildung) haben wir ein büro-internes Kontaktmanagement und Politikmonitoringsystem etabliert.

Monitoring

Da wir nun verstärkt das Gespräch mit einzelnen Entscheidungstragenden und möglichen Allianzpartnerinnen und -partnern suchen, richteten wir uns für die interne Organisation

einen Kontakmanagementkalender ein. Dieser dient der Übersichtlichkeit, der Absprache untereinander und der Erinnerung an Follow-Ups oder Rückfragen.

Des Weiteren etablierten wir ein hausinternes Politikmonitoring von Medienberichten zu relevanten Themen, das wir in-house auch mit dem Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur teilen, um den internen Wissenstransfer sowie gemeinsames Verständnis und Stoßrichtung unserer Arbeit zu gewährleisten.

Lizenzhinweisgenerator

Der [Lizenzhinweisgenerator](#), eine Anwendung, die dabei hilft, Bilder aus Wikipedia und dem freien Medienarchiv Wikimedia Commons einfach und rechtssicher nachzunutzen, existiert nun auch auf Spanisch und Portugiesisch. Einen ausführlichen Blogbeitrag mit den Hintergrundinformationen zu den neuen beiden Versionen und ihrer Entstehung gibt es auf [deutsch](#), [spanisch](#) und [portugiesisch](#).

Flowchart für GLAM-Poster

Wir konnten die fachjuristischen Vorarbeiten für ein erstes Rechte-Flowchart-Poster für Kultur- und Gedächtnisinstitutionen weitgehend abschließen, durch das der Umgang mit gemeinfreiem Material und Commons-Freigaben für Mitarbeitende der Institutionen erleichtert werden soll.

Ist-Analyse zu Vorurteilen und Risiken - Mythbusting

Hier geht es um das operative [Ziel 6: "Den guten Ruf freier Inhalte sichern"](#).

Noch sind wir in der Sichtungsphase der Vorurteile selbst und haben nicht mit der "Detektivarbeit" zu ihren Verbreitungswegen und den gezielten Gegenmaßnahmen begonnen.

Orientiert an dem Informationsmaterial der [Free Knowledge Advocacy Group EU](#) erarbeiten wir derzeit zusammen mit dem Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur Flyer für ausgewählte Zielgruppen und -perspektiven zu freien Lizenzen und der Forderung "Öffentliches Geld - öffentliches Gut".

Mit iRights.Lab, dem WMDE-Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur und Dimitar Dimitrov, unserem Mitarbeiter in Brüssel, gab es ein Treffen zu möglichen Kooperationen, insbesondere zur Durchführung der rechtlichen Hintergrundanalyse zu unserem operativen Ziel 6.

Freiwillige des Bereichs Politik / AG Politik

Am 13. Januar traf sich die [AG Politik und Gesellschaft](#) und besprach das weitere Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft, formulierte Wünsche und koordinierte ihr Engagement.

Wir haben begonnen, eine Gruppe von Interessierten regelmäßig über unsere politischen Aktivitäten zu informieren und um punktuelle Mithilfe zu bitten. Auf der [Webseite](#) zur

politischen Arbeit von Wikimedia Deutschland kann man sich dazu unter „Mitmachen“ informieren und in den E-Mail-Verteiler aufgenommen werden. Des Weiteren organisierten wir ein Telefoncoaching für interessierte Freiwillige mit dem Ziel, diesen die nötigen Hilfsmittel mitzugeben, um sich für unsere Anliegen stark zu machen.

EU-Urheberrechtsreform

Am 26./27. April steht eine wichtige Abstimmung im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments zum “Digitalen Binnenmarkt” und insbesondere zu weitreichenden Eingriffen hinsichtlich nutzergenerierter Inhalte an (Artikel 13 des Richtlinienentwurfs zum Digitalen Binnenmarkt). Das Thema wird derzeit auch bereits im Rat der EU, im Europäischen Parlament und später im Trilog von der Bundesregierung direkt mitverhandelt. In der Koalitionsvereinbarung werden Upload-Filter als Instrument abgelehnt. Mehr unter wmde.org/nouploadfilter

Filterpflichten, Art. 13 der EU-Urheberrechtsreform

Wir haben Kaffeefilter verteilt, bedruckt mit unseren Botschaften gegen die Einführung von Upload-Filtern, um auf die Thematik aufmerksam zu machen. Bedacht wurde zuerst der SPD-Parteitag im Dezember, dann die relevanten Abgeordneten des neuen Bundestages (inkl. [Infosheet](#) mit dem Titel *#Nouploadfilter – Die gefilterte Wikipedia*) per dortiger Hauspost und als letztes folgte die Verteilung (einer englischen Fassung) an Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Art. 13 war auch Thema bei der Veranstaltung “#NoUploadFilter. Die gefilterte Wikipedia?” aus der WMDE-Reihe [Monsters of Law](#) Anfang Januar, der ein recht erfolgreiches Pressegespräch vorausging (mit Berichterstattung u.a. bei heise, golem, BR, ZON). Auf dem Podium hatten wir Bitkom, vzbv und GVU.

Des Weiteren waren wir beim BMWi-Referat, das u.a. für Kartellrecht und eCommerce federführend ist in der Bundesregierung, und die sehen das mit den Filterpflichten (Art. 13) und den Seiteneffekten auf die Haftungsregeln der eCommerce-RiLi (direkte Haftung, eingebaut in Erwägungsgrund 38) ebenso kritisch wie wir. Zudem aktivierten wir den Kontakt mit der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, die wohl innerhalb der Bundesregierung die härteste Verfechterin des "value-gap"-Arguments ist.

Außerdem hatten die Wikimedia-Mitarbeitenden in Brüssel einen Termin beim bulgarischen Justizminister, wo über einen Alternativvorschlag zu Art. 13 beraten werden wird, der mehr in Richtung Kartellrecht geht.

Eine [Podiumsdiskussion](#) zum Thema Upload-Filter wurde beim Privacy Camp 2018 durch den Wikimedian in Brussels [Dimitar Dimitrov](#) moderiert.

Berichtersteller und Verhandlungsführer des Europaparlaments zur Urheberrechtsreform, [MdEP Axel Voss](#), machte sich in seinem ersten Kompromissvorschlag für Upload-Filter stark. Wir kritisierten den Vorschlag öffentlich in einem [Artikel bei golem.de](#): "Inhaltlich ist der jetzt vorliegende Vorschlag von Herrn Voss kaum mehr als eine Umformulierung der viel kritisierten Vorschläge der EU-Kommission. Er läuft weiterhin auf netzweite Filterpflichten für alle Plattformen mit nutzergenerierten Inhalten hinaus. Jeder Upload im Netz würde dann zukünftig durch automatisierte Prüfsysteme laufen müssen"

Außerdem haben wir einen [Offenen Brief](#) gemeinsam mit [Bitkom e.V.](#) und der [Verbraucherzentrale Bundesverband](#) initiiert, der die entsprechenden Entscheidungstragenden dazu auffordert, sich gegen die massive Ausweitung der Haftung der Plattformen, für nutzergenerierten Content und damit gegen Upload-Filter einzusetzen. Hier ist die entsprechende [Pressemitteilung](#).

Nur einen Tag vor dem Treffen mit weiteren im Rechtsausschuss vertretenen Fraktionen (Schattenberichtersteller) am 15. März 2018 legte MdEP Axel Voss eine weitere Textfassung vor, die viele der bis dato verhandelten Kompromisse missachtet. Ausführliche Informationen hierzu in unserer [Pressemitteilung](#).

Art. 5 der EU-Urheberrechtsreform (safeguard Public Domain, R-E-M-Problematik)

Unser Anliegen zu gemeinfreien Werken / § 72 UrhG wurde erfolgreich als Compromise Amendment in den Abstimmungsprozess des Rechts-Ausschusses des Europäischen Parlaments eingebracht. Berichterstatter Axel Voss bzw. die Fraktionen EVP und ALDE versuchen allerdings beständig, die Anforderung in den Entwurf zu bringen, dass die Digitalisate nur dann gemeinfrei wie die Originale sein sollen, wenn sie "for preservational purposes" d. h. "zu Erhaltungszwecken" angefertigt wurden, was nur manchmal der Fall ist und als Kriterium auch dazu führen würde, den Status eines Digitalisats als gemeinfrei an einem kaum jemals erkennbaren Merkmal seiner Entstehung festzumachen. Dadurch droht große Rechtsunsicherheit.

Das Team Politik arbeitete daher gemeinsam mit gleichgesinnten Organisationen wie EDRI an Formulierungen, die über MEPs eingebracht und vom juristischen Dienst auch berücksichtigt wurden. Es bleibt abzuwarten, wie weit wir unsere Forderungen noch in den Rechts-Ausschuss einbringen bzw. an den entsprechenden Stellschrauben drehen können.

Für die Grüne Fraktion im Europaparlament und für dessen juristischen Dienst haben wir ein sogenanntes Case Brief, also eine Kurzzusammenfassung zum [Reiss-Engelhorn-Fall](#) auf Englisch angefertigt, das wir aber auch weiterverwenden werden. Im Europaparlament ist die Nachfrage zum Case Brief dadurch entstanden, dass dort im Rahmen der EU-Urheberrechtsreform auch über die Rahmenbedingungen diskutiert wird, die beim Reiss-Engelhorn-Fall entscheidend sind.

Art. 3 der EU-Urheberrechtsreform (Text and Data Mining)

Art. 3 der Reform könnte dazu führen, dass zukünftig alle außer Forschungseinrichtungen eine Lizenz erwerben müssten, um größere Mengen selbst frei zugänglicher Daten zu analysieren – wovon nicht nur personenbezogene Daten erfasst wären, sondern alle, einschließlich Wetterdaten, demografischen Daten, Verkehrsdaten u.v.m. Das würde eine massive Behinderung aller auf Datenanalyse basierender Wissensprojekte bedeuten, nicht zuletzt für Wikidata.

Wir haben daher versucht, die von der Neuregelung potenziell betroffenen Gruppen darauf hinzuweisen, was da über Art. 3 droht. Hier scheint sich in Brüssel nun endlich einiges in Sachen Kritik am bisherigen Entwurfsstand zu bewegen. So haben wir mit der Fa. Bosch vor Ort einen sehr guten Kontakt aufbauen können und Bosch hat sogar eine eigene Veranstaltung dazu angesetzt, um Abgeordneten und der Kommission zu verdeutlichen, welche Nebenwirkungen die Regelungen hätten.

Allgemeine Informationen zu den Entwicklungen auf EU-Ebene

Information über die Entwicklungen in Brüssel und unser diesbezügliches Engagement sind im [Monitoring der Free Knowledge Advocacy Group EU](#) zu finden.

Bundestag

Koalitionsbildung CDU/CSU/SPD

Wir intensivierten anlässlich der laufenden Koalitionsgespräche auf Bundesebene die Kontaktaufnahme und den Austausch mit relevanten Amts- und Entscheidungstragenden. [Ausschussmitgliedern](#) und [Teilnehmenden der Koalitionsverhandlungen](#) wurden Anliegen für die Förderung Freien Wissens unterbreitet. Grundlage waren hierbei die [Positionen von Wikimedia Deutschland](#). Wir reichten diese samt möglichen Formulierungen für Vereinbarungen zur Koalition ein. Außerdem versuchten wir möglichst mit allen AG-Beteiligten der Koalitionäre zu Digitalthemen und Urheberrecht telefonisch direkt zu sprechen.

Unsere Forderung “öffentliches Geld - öffentliches Gut”, in der sich das Anliegen zu § 5 UrhG (amtliche Werke) widerspiegelt, wurde im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD in mehrfacher Hinsicht berücksichtigt, worauf wir aufbauen können.

Die Einführung von Upload-Filtern wird im Koalitionsvertrag ausdrücklich als unangemessen abgelehnt (siehe Zeilen 2218 bis 2220).

Unsere Analyse des Koalitionsvertrags findet sich im Blog in Form des Beitrags: [“Fahrplan Digitalpolitik – Was planen Union und SPD für Freies Wissen?”](#).

Politische Akteure / Ausschussmitglieder

Grundsätzlich arbeiten wir weiterhin an der Kontaktaufnahme und -festigung mit unterschiedlichen Politikern und Politikerinnen. Wir verfassten ein Anschreiben an sämtliche

Ausschussmitglieder Digitale Agenda und Recht zu Beginn der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags und führten Gespräche mit diversen MdBs und Mitarbeitenden aus den Ministerien.

Veranstaltungen & Kampagnen

Fotoverbotskampagne und REM-Urteil

Voraussichtlich im April oder Mai entscheidet der Bundesgerichtshof die [Klage der Reiss-Engelhorn-Museen](#) Mannheim gegen einen Wikipedianer über den Schutz des gemeinfreien Status historischer Kunstwerke bei Digitalisierung. Je nach Ausgang des Verfahrens wird hier ein Eingreifen des Bundesgesetzgebers nötig werden, um das kulturelle Erbe für das 21. Jahrhundert lebendig und greifbar zu halten.

Das Anliegen zu [§ 72 UrhG](#) (Reiss-Engelhorn-Fall) wird erst im Nachgang zur in Q2 erwarteten BGH-Entscheidung im Reiss-Engelhorn-Fall nennenswert voranzutreiben sein, konnte aber schon mit positiver Rückmeldung bei der Kulturstaatsministerin vorgebracht werden und im Rahmen der EU-Urheberrechtsreform auch erfolgreich im Rechtsausschuss des Europaparlaments platziert werden.

Wir haben Gespräche mit BMJV, BKM und BMWi geführt und von der BKM die Zusage erhalten, die Problematik der Repro-Fotos gemeinfreier Werke (Reiss-Engelhorn) im Zuge der BGH-Entscheidung ggf. gesetzgeberisch aufzugreifen; zusätzlich konnten wir das Augenmerk der Ministerien auf die drohende Problematik eines "Rechts am Bild der eigenen Sache" lenken; wenn unsere Eingaben zu Art. 5 der EU-Urheberrechtsreform durchgehen, wird sich der Bundestag bei der Umsetzung der Reform sogar zwingend mit der Thematik gemeinfreier Werke befassen müssen. Die Arbeit am Aspekt amtlicher Werke (§ 5 UrhG) hat sich bisher nur auf unsere Eingaben zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene beschränkt, in dem an mehreren Stellen "Open by Default" und offenes Verwaltungshandeln auch aufgegriffen wurde, wird aber erst nach intensiviert werden können, wenn wir nicht mehr so stark durch die EU-Urheberrechtsreform im Europaparlament gefordert sein werden, also frühestens ab Mai.

Monsters of Law zu Upload-Filtern

Wir organisierten am 09. Januar 2018 eine Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe Monsters of Law zum Thema: #NoUploadFilter. Die gefilterte Wikipedia? Zu Gast waren Lina Ehrig, Leiterin Team Digitales und Medien, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Judith Steinbrecher, Bereichsleiterin Gewerblicher Rechtsschutz & Urheberrecht, Bitkom e.V., Jan Scharringhausen, Geschäftsführer Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen, Julia Reda, Europaabgeordnete der Piratenpartei (per Schalte aus Brüssel) und John Weitzmann, Leiter Politik und Recht, Wikimedia Deutschland e. V.

Die ausführliche Veranstaltungsdokumentation ist auf der [Monsters of Law-Webseite](#) verfügbar.

Salon des Freien Wissens Q = Qualität

Am Dienstag, den 13. März 2018, führte Dr. Konrad Förstner durch den ABC-Salon „Q=Qualität“ und diskutierte mit Martin Hammitzsch, Prof. Dr. Vera Meyer und Dr. Isabel Steinhardt, ob die Prämisse "Je offener, desto besser" auch für den Bereich Open Science gilt. Im Blogbeitrag [„Qualitätskriterien und -standards in der \(offenen\) Wissenschaft“](#) findet sich eine Zusammenfassung der Diskussion, sowie das [Video](#) der Veranstaltung.

re:publica

Wir werden mit einer Session zum Thema "Blockchain Tokenization - Friend or Foe of Public Infrastructure?" bei der [re:publica 2018](#) vom 02. bis zum 04. Mai 2018 in Berlin vertreten sein.

Runder Tisch ÖRR

Wieso ist es so schwierig, in Deutschland einen Film unter einer freien Lizenz zu veröffentlichen? Und wieso produziert der öffentlich-rechtliche Rundfunk solche nicht in Reihe? - Zusammen mit einer Filmemacherin und vielen Expertinnen und Experten aus Politik und Rundfunk wollen wir der Sache auf den Grund gehen und Bedenken gegen die Nutzung freier Lizenzen aus dem Weg räumen. Der runde Tisch ist für Juni, die Ergebnispräsentation mit Filmscreening für den Spätsommer angesetzt.

Teilnahme an Stakeholder-Dialogen u. ä.

Dimi hat an der High Level Expert Group on fake news teilgenommen, die bei der EU-Kommission eingerichtet wurde. Es wurde zumindest erreicht, dass die KOM zukünftig nicht mehr von "fake news" sprechen und mehr Forschungsmittel in das Thema stecken wird.

Stellungnahmen/Veröffentlichungen

Formulierte Anliegen im Rahmen der Regierungsbildung:

- [Anliegen](#) zum Erhalt des gemeinfreien Status bei Digitalisierung des kulturellen Erbes
- [Anliegen](#) zu Bildungsgerechtigkeit
- [Anliegen](#) zum Digitalen Ehrenamt
- [Anliegen](#) zu Katalogfreiheit
- [Anliegen](#) zu Klaren Regelungen zu amtlichen Werken
- [Anliegen](#) zu Öffentliches Geld - Öffentliches Gut

[Kommentar zum Zwischenstand der Koalitionsverhandlungen \(AG Digitales\)](#)

Blogbeitrag zum Koalitionsvertrag: [Fahrplan Digitalpolitik – Was planen Union und SPD für Freies Wissen?](#)

Blogbeitrag zur Begrüßung der Staatsministerin für Digitalisierung: [Digitalstaatsministerin Bär mit großer Verantwortung auch für Freies Wissen](#)

Veröffentlichungen in Bezug auf Art. 13 der EU-Urheberrechtsreform

[Statement zu Upload-Filtern](#) bei Golem.de

Pressemitteilung: [Breites Bündnis zwischen Internetwirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen europäische Upload-Filter-Regelung](#)

Pressemitteilung zu Upload-Filter: [Beispiellose Last-Minute-Änderungen – Der Europaabgeordnete Axel Voss \(CDU\) diskreditiert Parlament mit Ghost-Writeern](#)

Blogbeitrag zum aktuellen Stand: [Wird die Wikipedia bald vorgefiltert? Upload-Filter - Nein Danke!](#)

Weitere Veröffentlichungen & Gastbeiträge

Blogbeitrag zum “[Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz](#)”: [Neues Urheberrecht für Bildung – Eine Erleichterung für die Praxis?](#)

Antwort auf die [Konsultation der Europäischen Union über Fake News und Fehlinformationen im Internet](#)

Bündnis Freie Bildung

Strategietreffen

Am 6. & 7. März 2018 fand das Bündnistreffen des BFB statt. Folgende Punkte wurden im Rahmen des Treffens bearbeitet:

- Review & Auswertung der Ziele und Aktivitäten in 2017
- Ausblick 2018: Bestimmung von für uns relevanten Themen, Priorisierung und Cluster in Themenbereiche
- Brainstorming und Diskussion zur Weiterentwicklung von Mission und Vision des Bündnisses
- Erarbeitung eines Aufschlags zu den Zielen für 2018/-19